

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0199/2018/BV

Datum:
22.08.2018

Federführung:
Dezernat II, Tiefbauamt

Beteiligung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement
Dezernat II, Stadtplanungsamt

Betreff:

**Verbesserung des Radverkehrs am Adenauerplatz
(Ost-West-Achse)
hier: Maßnahmeerhöhung und Bereitstellung von
überplanmäßigen Mitteln**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 25. Oktober 2018

Beratungsfolge:

| Gremium: | Sitzungstermin: | Behandlung: | Zustimmung zur Beschlussempfehlung: | Handzeichen: |
|--|-----------------|-------------|-------------------------------------|--------------|
| Bau- und Umweltausschuss | 11.09.2018 | Ö | () ja () nein () ohne | |
| Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss | 12.09.2018 | Ö | () ja () nein () ohne | |
| Haupt- und Finanzausschuss | 19.09.2018 | Ö | () ja () nein () ohne | |
| Gemeinderat | 18.10.2018 | Ö | () ja () nein () ohne | |

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bau- und Umweltausschuss, der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung der bisherigen Maßnahmegenehmigung von 761.000 € auf 1.146.000 € zu.

Zusätzlich zu den bisher bereitgestellten überplanmäßigen Mitteln (siehe Drucksache 0358/2017/BV) stimmt der Gemeinderat der Bereitstellung von weiteren überplanmäßigen Mitteln bei PSP 8.66110019.700 in Höhe von 385.000 € zu. Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement in Höhe von 188.000 € bei PSP 8.81000010.700 „Signalanlagen“ sowie im Teilhaushalt des Tiefbauamtes in Höhe von 197.000 € bei PSP 8.66111715.700 „Grenzhöfer Weg, Kreisverkehr“.

Finanzielle Auswirkungen:

| Bezeichnung: | Betrag in Euro: |
|---|------------------|
| Ausgaben / Gesamtkosten: | 385.000 € |
| • einmalige Kosten Finanzhaushalt | 385.000 € |
| Einnahmen: | |
| Fördermittel nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) und nach der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen (Kommunalrichtlinie) wurden beantragt. Die Höhe der Fördermittel ist derzeit noch nicht bekannt. | |
| Finanzierung: | |
| • Ansatz in 2018, Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement bei PSP 8.81000010.700 | 188.000 € |
| • Ansatz 2018, Teilhaushalt des Tiefbauamtes bei PSP 8.66111715.700 | 197.000 € |

Zusammenfassung der Begründung:

Mit Beschluss vom 12.04.2018 stimmte der Gemeinderat der Radwegeführung und der Änderung der Fahrstreifenaufteilung am Adenauer Platz in Ost-West-Richtung zu (siehe Drucksache 0358/2017/BV).

Aufgrund der nachträglichen Erweiterung der Maßnahme, unter anderem um die Gestaltung des Gehwegs Sofienstraße West, um den Ausbau der Querungen Stadtgarten und Unterführung sowie der Miteinbeziehung eines Konjunkturzuschlages in Höhe von 25 Prozent entstehen Mehrkosten in Höhe von 385.000 €. Die bisherige Maßnahmegenehmigung ist daher entsprechend zu erhöhen.

Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 11.09.2018

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 11.09.2018

4 **Verbesserung des Radverkehrs am Adenauerplatz (Ost-West-Achse)** **hier: Maßnahmeerhöhung und Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln** Beschlussvorlage 0199/2018/BV

Erster Bürgermeister Odszuck eröffnet den Tagesordnungspunkt. Er informiert, dass die Kosten für die Maßnahme aufgrund der Gestaltung des Gehweges sowie dem Ausbau der Querungen und insbesondere des konjunkturellen Zuschlages um 385.000 € gestiegen seien.

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Meißner, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Dr. Schenk, Stadtrat Mumm, Stadträtin Nipp-Stolzenburg, Stadtrat Rehm, Stadträtin Prof. apl. Marmé

- Wieso sei die Maßnahme ohne das Wissen des Gremiums erfolgt? Es gebe keinen Gemeinderatsbeschluss zu inhaltlichen Fragen.
- Sei das Granitbord aufgrund technischer oder funktionaler Gründe vorgesehen?
- Wieso werde so viel Geld für die Lichtsignalanlagen gebraucht?
- Ursprünglich sei nur der Radweg geplant gewesen, es sei mit Kosten von über 1,1 Millionen € unverhältnismäßig, was dabei am Ende für die Radfahrer herauskomme; insbesondere da man nach Abschluss der Maßnahme mit Protesten rechnen müsse.
- Wieso müsse diese Maßnahme gerade jetzt durchgeführt werden, da Bauen aktuell so überdimensioniert teuer sei? Es gebe noch so viele andere Straßenabschnitte in schlechtem Zustand.
- Die Maßnahme sei zwar sehr teuer, aber wer mit dem Fahrrad aus östlicher Richtung (Altstadt) Richtung Westen (Poststraße) wolle, wisse, wie kompliziert und gefährlich dies sei. Die geplante Radwegführung sei eine große Erleichterung und entlaste die Plöck.
- Liege der Kostensteigerung ein Planungsfehler zugrunde?

Stadtrat Mumm bittet darum, über die geänderten Planungen in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses unterrichtet zu werden. Erster Bürgermeister Odszuck, Herr Weber, Leiter des Tiefbauamtes, Frau Friedrich, Leiterin des Stadtplanungsamtes und Herr Thewalt, Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement erläutern, dass eine Hauptversorgungsleitung der Telekom der Grund war, die Planungen anzupassen. Es wäre deutlich teurer geworden, das umfangreiche Leitungspaket zu verlegen. Viele Bestandteile der Kostenerhöhung seien kleinere Beträge, zum Beispiel für das Blindenleitsystem oder die Querung Stadtgarten. Den Hauptanteil mache der Konjunkturzuschlag aus. Die Kosten für die Lichtsignalanlagen seien relativ hoch, weil es sich hier um ein hochkompliziertes komplexes System mit vielen Ampeln handle. Die Ausführung der Borde in Granitstein sei in der Gesamtschau des Quartiers sinnvoll. Es handle sich um eine zentrale Innenstadtlage, dort sei das Erscheinungsbild wichtig, zudem gebe es bereits durchgeführte Maßnahmen in der Umgebung in dieser Qualität, die man nicht mit Betonborden unterbrechen wolle. Die Erhöhung der Kosten beruhen nur zu einem ganz geringen Teil auf Planänderungen, den größten Betrag mache der Konjunkturzuschlag aus. Der Adenauerplatz sei ein wichtiger Baustein, um in Ost-West-Richtung eine vernünftige Radwegführung zu entwickeln.

Erster Bürgermeister Odszuck sagt dem Gremium eine Informationsvorlage über die fortschreitende Planung zu.

Stadträtin Dr. Meißner bittet darum, über die weiteren Teilmaßnahmen abzustimmen, die laut Vorlage in das Projekt integriert werden sollen (siehe Seite 3.1 der Vorlage). Die Abstimmung sollte für die einzelnen Maßnahmen getrennt erfolgen.

Erster Bürgermeister Odszuck stellt die **Maßnahmen** einzeln zur Abstimmung:

Erweiterung um die Erneuerung des Gehwegs Sofienstraße West

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11 : 01 : 01 Stimmen

Ausweitung der Granitpflasterfläche sowie Bordsteinen aus Granit anstatt Betonbordsteinen, um eine einheitliche Gestaltung des Areals zu erreichen (Mehrkosten = 71.000 €)

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 08 : 03 : 01 Stimmen

Lichtsignalanlagen an den Querungen Stadtgarten und der vorhandenen Unterführung inklusive Blindenleitsystem und Bordsteinabsenkungen

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11 : 01 : 01 Stimmen

Änderung der geplanten Verkehrsinsel zur besseren Verkehrsführung der Radwegachse in die Sofienstraße

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen mit 11 Stimmen

Da sich die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses aufgrund der Abstimmungsergebnisse mehrheitlich für die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise ausgesprochen haben, lässt Erster Bürgermeister Odszuck über den unveränderten **Beschlussvorschlag** der Verwaltung abstimmen:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung der bisherigen Maßnahmegenehmigung von 761.000 € auf 1.146.000 € zu.

Zusätzlich zu den bisher bereitgestellten überplanmäßigen Mitteln (siehe Drucksache 0358/2017/BV) stimmt der Gemeinderat der Bereitstellung von weiteren überplanmäßigen Mitteln bei PSP 8.66110019.700 in Höhe von 385.000 € zu. Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement in Höhe von 188.000 € bei PSP 8.81000010.700 „Signalanlagen“ sowie im Teilhaushalt des Tiefbauamtes in Höhe von 197.000 € bei PSP 8.66111715.700 „Grenzhöfer Weg, Kreisverkehr“.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 09 : 02 : 02 Stimmen

Beschlussvorschlag des Bau- und Umweltausschusses:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung der bisherigen Maßnahmegenehmigung von 761.000 € auf 1.146.000 € zu.

Zusätzlich zu den bisher bereitgestellten überplanmäßigen Mitteln (siehe Drucksache 0358/2017/BV) stimmt der Gemeinderat der Bereitstellung von weiteren überplanmäßigen Mitteln bei PSP 8.66110019.700 in Höhe von 385.000 € zu. Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement in Höhe von 188.000 € bei PSP 8.81000010.700 „Signalanlagen“ sowie im Teilhaushalt des Tiefbauamtes in Höhe von 197.000 € bei PSP 8.66111715.700 „Grenzhöfer Weg, Kreisverkehr“.

Außerdem ergeht folgender Arbeitsauftrag:

Der Bau- und Umweltausschuss wird über die fortschreitende Planung mit einer Informationsvorlage informiert.

gezeichnet

Jürgen Odszuck
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Ja 09 Nein 02 Enthaltung 02

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 12.09.2018

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 12.09.2018

5 **Verbesserung des Radverkehrs am Adenauerplatz (Ost-West-Achse)** **hier: Maßnahmeerhöhung und Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln** Beschlussvorlage 0199/2018/BV

Erster Bürgermeister Odszuck verweist auf die Diskussion, das Abstimmungsergebnis und den Arbeitsauftrag aus dem Bau- und Umweltausschuss vom 11.09.2018 (vergleiche hierzu das Ergebnisblatt, das zu der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses als Tischvorlage zu TOP 5 öffentlich ausgeteilt wurde).

Des Weiteren erläutert Erster Bürgermeister Odszuck, dass die Maßnahme von 385.000 Euro auf 1.146.000 Euro erhöht werden solle. Grund hierfür sei auch die kaufmännische Vorsicht, die zur Miteinbeziehung eines Konjunkturzuschlages in Höhe von 25 Prozent führe. Man hoffe jedoch, dass man diesen Konjunkturzuschlag nicht in voller Höhe brauche. Zudem sei die Maßnahme erweitert worden (beispielsweise durch die Gestaltung des Gehwegs Sofienstraße West). Der Posten der Lichtsignalanlage sei bereits die ganze Zeit Teil der Maßnahme gewesen und erhöhe nicht die Kosten. Geplanter Baubeginn sei das erste Quartal 2019.

Erster Bürgermeister Odszuck ergänzt, dass in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses über die fortschreitende Planung mit einer Informationsvorlage informiert werde.

Anschließend eröffnet Erster Bürgermeister Odszuck die Aussprache.

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Winter-Horn, Stadtrat Rothfuß

Folgende Hauptaussagen und Fragen werden vorgetragen:

- Die Fraktion der Heidelberger habe der Maßnahme von Anfang nicht zugestimmt, da vor allem die am stärksten frequentierte Richtung nicht berücksichtigt worden sei (Nord-Süd). Zudem gebe es umständliche Wegeführungen für Fahrradfahrer. Ebenso sei die Informationspolitik über die Änderungen ungenügend.
- Stadtrat Rothfuß bittet darum, dass entweder Herr Erster Bürgermeister Odszuck oder Herr Thewalt (Amt für Verkehrsmanagement) entgegen der Meinung der Fraktion der Heidelberger noch einmal aufzeigen, dass die Radwegerelationen nicht schlechter werden.

Erster Bürgermeister Odszuck und Herr Thewalt (Amt für Verkehrsmanagement) gehen auf die Aussagen ein:

- Die Verbesserung der Verbindung von Ost nach West sei der Hauptanlass für diese Maßnahme gewesen. Es werde eine deutliche Entlastung der Plöck geben. Die Maßnahme sei über fünf Jahre durch drei Ingenieurbüros geplant worden. Die Planung sei perfekt und bedeute für alle Verkehrsteilnehmer eine Verbesserung.

- Des Weiteren sei die von der Fraktion der Heidelberger bei vorangegangenen Sitzungen kritisierte Verbindung von der Altstadt kommend in Richtung Rohrbach über – aktuell – die „Fehserallee“ aus Sicht der Verwaltung absolut perfekt berücksichtigt, auch – in der neuen Führung – aus Richtung Friedrich-Ebert-Anlage und anschließender Linksabbiegung in die Rohrbacher Straße.

Erster Bürgermeister Odszuck lässt über den Beschlussvorschlag des Bau- und Umweltausschusses (Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzüglich Arbeitsauftrag) abstimmen:

Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung der bisherigen Maßnahmegenehmigung von 761.000 € auf 1.146.000 € zu.

Zusätzlich zu den bisher bereitgestellten überplanmäßigen Mitteln (siehe Drucksache 0358/2017/BV) stimmt der Gemeinderat der Bereitstellung von weiteren überplanmäßigen Mitteln bei PSP 8.66110019.700 in Höhe von 385.000 € zu. Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement in Höhe von 188.000 € bei PSP 8.81000010.700 „Signalanlagen“ sowie im Teilhaushalt des Tiefbauamtes in Höhe von 197.000 € bei PSP 8.66111715.700 „Grenzhöfer Weg, Kreisverkehr“.

Außerdem ergeht folgender Arbeitsauftrag:

Der Bau- und Umweltausschuss wird in seiner nächsten Sitzung über die fortschreitende Planung mit einer Informationsvorlage informiert.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 10 : 2 : 1

gezeichnet

Jürgen Odszuck
Erster Bürgermeister

Ergebnis: mehrheitliche Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag

Ja 10 Nein 02 Enthaltung 01

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.09.2018

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.09.2018

**14 Verbesserung des Radverkehrs am Adenauerplatz (Ost-West-Achse)
hier: Maßnahmeerhöhung und Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln
Beschlussvorlage 0199/2018/BV**

Bürgermeister Dr. Gerner weist auf die als Tischvorlage verteilten Beratungsergebnisse aus der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 11.09.2018 und des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 12.09.2018 hin.

Da es keinen Aussprachebedarf von Seiten des Haupt- und Finanzausschusses gibt, stellt Bürgermeister Dr. Gerner den Beschlussvorschlag aus dem Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung der bisherigen Maßnahmegenehmigung von 761.000 € auf 1.146.000 € zu.

Zusätzlich zu den bisher bereitgestellten überplanmäßigen Mitteln (siehe Drucksache 0358/2017/BV) stimmt der Gemeinderat der Bereitstellung von weiteren überplanmäßigen Mitteln bei PSP 8.66110019.700 in Höhe von 385.000 € zu. Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement in Höhe von 188.000 € bei PSP 8.81000010.700 „Signalanlagen“ sowie im Teilhaushalt des Tiefbauamtes in Höhe von 197.000 € bei PSP 8.66111715.700 „Grenzhöfer Weg, Kreisverkehr“.

Außerdem ergeht folgender Arbeitsauftrag:

Der Bau- und Umweltausschuss wird in seiner nächsten Sitzung über die fortschreitende Planung mit einer Informationsvorlage informiert.

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Nein 2 Enthaltung 3

Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2018

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2018

**9 Verbesserung des Radverkehrs am Adenauerplatz (Ost-West-Achse)
hier: Maßnahmeerhöhung und Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln
Beschlussvorlage 0199/2018/BV**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner verweist auf die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschuss vom 19.09.2018. Es sei vorgesehen, dass die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses für die Sitzung vom 23.10.2018 eine Informationsvorlage zur fortschreitenden Planung bekämen.

Da es keinen Diskussionsbedarf gibt, ruft er die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zur Abstimmung auf:

Beschluss des Gemeinderates: (Arbeitsauftrag fett)

Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung der bisherigen Maßnahmegenehmigung von 761.000 € auf 1.146.000 € zu.

Zusätzlich zu den bisher bereitgestellten überplanmäßigen Mitteln (siehe Drucksache 0358/2017/BV) stimmt der Gemeinderat der Bereitstellung von weiteren überplanmäßigen Mitteln bei PSP 8.66110019.700 in Höhe von 385.000 € zu. Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement in Höhe von 188.000 € bei PSP 8.81000010.700 „Signalanlagen“ sowie im Teilhaushalt des Tiefbauamtes in Höhe von 197.000 € bei PSP 8.66111715.700 „Grenzhöfer Weg, Kreisverkehr“.

Außerdem ergeht folgender Arbeitsauftrag:

Der Bau- und Umweltausschuss wird in seiner nächsten Sitzung über die fortschreitende Planung mit einer Informationsvorlage informiert.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: beschlossen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung
Nein 5 Enthaltung 4

Begründung:

Mit Beschluss vom 12.04.2018 stimmte der Gemeinderat der Radwegeführung und der Änderung der Fahrstreifenaufteilung am Adenauer Platz in Ost-West-Richtung zu (siehe Drucksache 0358/2017/BV).

Im Verlauf des weiteren Planungsfortgangs erwies es sich als sinnvoll, weitere Teilmaßnahmen in das Projekt zu integrieren. Diese stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

- Erweiterung um die Erneuerung des Gehwegs Sofienstraße West
- Ausweitung der Granitpflasterfläche sowie Bordsteinen aus Granit anstatt Betonbordsteinen, um eine einheitliche Gestaltung des Areals zu erreichen (Mehrkosten = 71.000 €)
- Lichtsignalanlagen an den Querungen Stadtgarten und der vorhandenen Unterführung inklusive Blindenleitsystem und Bordsteinabsenkungen
- Änderung der geplanten Verkehrsinsel zur besseren Verkehrsführung der Radwegachse in die Sofienstraße

Außerdem wurde ein Aufschlag auf Grund der angespannten Konjunktur in Höhe von 25 Prozent auf die Gesamtkosten der Maßnahme berücksichtigt, der die derzeitigen marktbedingten Preissteigerungen aufgrund der guten Auftragslage der Firmen auffangen soll.

Die Gesamtkosten der Maßnahme stellen sich damit unter Berücksichtigung der neuen Gegebenheiten wie folgt dar:

| | |
|-------------------------------|--------------------|
| Baukosten | 582.000 € |
| Baunebenkosten | 71.000 € |
| Unvorhersehbares | 84.000 € |
| Konjunkturzuschlag 25 Prozent | 139.000 € |
| Lichtsignalanlagen | 270.000 € |
| Gesamtkosten | 1.146.000 € |

Die bisherige Maßnahmegenehmigung muss daher um 385.000 € erhöht werden.

Die erforderlichen zusätzlichen Mittel stehen im Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement in Höhe von 188.000 € bei PSP 8.81000010.700 „Signalanlagen“ zur Verfügung. Die Deckung der überplanmäßigen Mittel in Höhe von 197.000 € erfolgt bei PSP 8.66111715.700 „Grenzhöfer Weg, Kreisverkehr“.

Aus formellen Gründen ist ein Mittelübertrag aus dem Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement in den Teilhaushalt des Tiefbauamtes in Höhe von 693.000 € erforderlich.

Geplanter Baubeginn ist im ersten Quartal 2019, die geplante Bauzeit beträgt circa 10 Monate.

Wir bitten um Zustimmung.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

| | | |
|----------------------------------|---------------------------|--|
| Nummer/n: (Codierung) | + / - berührt: | Ziel/e: |
| MO1 | | Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern |
| | | Begründung: |
| | | Die Verbesserung des Rad- und Fußverkehrs sowie des ÖPNV fördert den Umweltverbund |

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner